

Trübe Quellen für Atomstrom-Propaganda

Bundesregierung verweigert Auskunft über Kofinanzierung der halbstaatlichen Energieagentur Dena

Marvin Oppong

Die Bundesregierung weigert sich, den Beitrag der vier großen Stromkonzerne an der Finanzierung der halbstaatlichen Deutschen Energie-Agentur (Dena) offenzulegen. Kritiker werfen der Dena seit längerem eine Nähe zu den Energiekonzernen vor. Aus dem letzten verfügbaren Geschäftsbericht der Dena vom 31. Dezember 2007 ergibt sich, daß die Agentur acht Millionen Euro »Zuwendungen der öffentlichen Hand« erhielt und 9,8 Millionen »aus privaten und sonstigen Einnahmen«. Wieviel davon von den vier großen Energiekonzernen EnBW, E.on, RWE und Vattenfall stammt, behält die Dena für sich. Auf Anfrage gab weder Stella Matsoukas, Projektleiterin Presse bei der Dena, noch Dena-Geschäftsführer Stephan Kohler Auskunft über den Beitrag der Energiekonzerne am Etat der Agentur.

Auf eine entsprechende schriftliche Anfrage des SPD-Bundestagsabgeordneten und Energieexperten Hermann Scheer hin teilte der zuständige Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Jochen Homann, vor einigen Tagen mit, entsprechende Verträge der Dena mit Unternehmen würden »vertraulich behandelt«. Es handele sich um »Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, die im Falle einer Veröffentlichung Rückschlüsse auf unternehmensstrategische Planungen« zuließen.

Gerd Rosenkranz, Leiter Politik und Presse bei der Deutschen Umwelthilfe, wirft der Dena »mangelnde Transparenz« vor. Gerade »ein teilstaatliches Unternehmen wie die Dena muß seine privaten Finanzierungsanteile offenlegen – wenn nicht aufgeschlüsselt nach einzelnen Firmen, dann doch wenigstens nach den beteiligten Branchen«, so Rosenkranz gegenüber jW.

Einige Dena-Veröffentlichungen lesen sich denn auch wie Werbebroschüren der Konzerne. So kam die im März 2008 verbreitete »Stromlücken-Studie« zu dem Ergebnis, daß »ein Weiterbetrieb bestehender (Atom) Kraftwerke über die bisher geplanten Laufzeiten notwendig« werde, »um eine Stromlücke zu vermeiden und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten«. Nach der Veröffentlichung der Studie kam heraus, daß sie von E.on und RWE finanziert wurde. Selbst das Umweltbundesamt sah sich daraufhin zu einer »kritischen Würdigung« der Dena-Veröffentlichung genötigt. Darin heißt es, »andere Studien, die das Thema Versorgungssicherheit in Deutschland untersuchen«, kämen zu »deutlich anderen Ergebnissen als die Dena«. Deren Analyse enthalte Behauptungen, die »nicht nachvollziehbar« seien, sei »nicht transparent« und lasse »erhebliche Zweifel bezüglich der Gültigkeit ihrer Ergebnisse«.